Kinderarmut: Kosten, die sich Europa nicht leisten kann

Save the Children

Warum Investitionen in Kinder für Europa dringend notwendig und die klügste wirtschaftliche Entscheidung sind

Deutsche Teilübersetzung des Berichts „Child poverty: the cost Europe cannot afford. Why investing in children is Europe's urgent necessity and smartest economic choice“, publiziert von Save the Children Europe, 2025

Inhaltsverzeichnis

1 Kinderarmut: ein weit verbreitetes Problem mit erschreckenden Kosten 4

2 Politische Maßnahmen: Rahmenbedingungen, Lücken und vielversprechende Praktiken 7

3 Das Versprechen der Europäischen Kindergarantie einlösen 9

4 Fazit und Empfehlungen 11

5 Im Fokus: Kinderarmut in Deutschland 16

6 Anmerkungen und Quellen 18

Dieser Bericht widerlegt einen Mythos: dass Kinderarmut unvermeidbar sei und Europa nicht genug Ressourcen habe, um sie zu beenden. Wir zeigen, wie erschreckend viel Kinderarmut Europa kostet – wirtschaftlich und sozial – und welche erprobten Lösungen es gibt. Die EU will Armut bis 2050 beseitigen. Doch um dies zu erreichen, muss sie ihre soziale Agenda stärken und priorisieren. Und sie muss in Kinder investieren.

Kinderarmut ist in Europa nach wie vor weit verbreitet. Nicht, weil Lösungen fehlen, sondern weil das Thema nicht priorisiert wird. Dass weiterhin so viele Kinder in Armut aufwachsen, ist zutiefst ungerecht. Obwohl in den letzten Jahren wichtige Fortschritte beim Engagement der EU für die Rechte der Kinder und bei der Bekämpfung der Kinderarmut gemacht wurden, ist **fast jedes vierte Kind in der EU von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Das sind insgesamt 19,5 Millionen Kinder**.[1] Die Situation ist zwar von Land zu Land unterschiedlich, das Ergebnis ist jedoch dasselbe: Die Rechte der Kinder werden weder geachtet noch geschützt oder erfüllt. Diese Untätigkeit ist eine Form der Vernachlässigung.

Kinderarmut belastet die nationalen Haushalte und die Produktivität der Länder erheblich. Sie ist wie eine „unsichtbare Steuer" für die Gesellschaft. Die jährliche wirtschaftliche Belastung durch Kinderarmut wird in den OECD-Ländern auf **3,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts** (BIP) geschätzt.[2] Diese Rechnung ergibt sich daraus, dass Kinder, die in Armut aufwachsen, im Erwerbsalter häufiger arbeitslos sind, niedrigere Einkommen und mehr gesundheitliche Probleme haben. Die Auswirkungen für Kinder summieren sich: Ihre Familien haben weniger Geld zur Verfügung und wohnen beengt. Die Kinder haben einen eingeschränkten Zugang zu Bildung und sind schlechter ernährt als andere. All das schadet Kindern in ihren prägenden Jahren und hat dauerhafte Folgen für ihre körperliche und geistige Gesundheit.

Die Folgen reichen zudem weit über das Leben eines Kindes hinaus: **Armut überdauert oft Generationen.** Dieser Kreislauf der Benachteiligung wirkt sich auf den Bildungserfolg und die Beschäftigungsmöglichkeiten aus und trägt zu vorzeitigen und vermeidbaren Todesfällen aus verschiedenen Gründen bei: Erwachsene, die in ihrer Kindheit Armut erlebt haben, sind nachweislich seltener erwerbstätig, verdienen im Durchschnitt 20 Prozent weniger und sind häufiger krank. Auch ihre Lebenserwartung ist dadurch geringer.[3]

Politische Entscheidungen müssen auch diese Fakten einbeziehen. **Die Frage ist nicht: „Kann sich Europa Investitionen leisten?" Sondern: „Kann sich Europa es leisten, nicht zu investieren?".** Denn: Bereits jetzt kostet uns Kinderarmut viel. Mit dem richtigen Ansatz und ernsthaftem Engagement kann Europa das Blatt wenden. Dafür muss **es Kinder in den Mittelpunkt der Sozial- und Wirtschaftspolitik stellen, rechtsbasierte Rahmenwerke wie die Europäische Kindergarantie stärken und sicherstellen, dass kein Kind zurückgelassen wird.** Die nötigen Werkzeuge und das Wissen liegen vor. Was jetzt gebraucht wird: der politische Mut, Kinderarmut nicht nur als Statistik zu betrachten, sondern als eine Ungerechtigkeit, die sich beseitigen lässt.

1 – Kinderarmut: ein weit verbreitetes Problem mit erschreckenden Kosten

Kinderarmut ist ein europaweiter Missstand – wenngleich je nach Land in unterschiedlichem Ausmaß. Die Daten zeigen: **Ungleichheit hält an. Den am stärksten Benachteiligten geht es immer schlechter und die Politik versagt kollektiv darin, die Situation wirklich zu verändern.**

Insgesamt sind in Europa 19,5 Millionen Kinder von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Die EU hat sich das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 das Leben von fünf Millionen Kindern so weit zu verbessern, dass sie nicht mehr in Armut leben[4]. Dafür wurden viele wichtige Maßnahmen verabschiedet. Dennoch liegt das Ziel in weiter Ferne. Tatsächlich ist die Zahl der betroffenen Kinder noch immer höher als vor der Covid-19-Pandemie. Im Vergleich zu 2019 ist in der EU bei den Kindern, **die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind, ein Anstieg um 446.000 Kinder** zu verzeichnen. Insgesamt ist die EU damit **5,45 Millionen Kinder von ihrem Ziel entfernt – also mehr als sie einst im Blick hatte**. Bricht man diese Zahlen herunter, bedeuten sie: Die EU-Länder müssten zwischen 2025 und Ende 2030 **täglich für etwa 2.500 Kinder das Risiko von Armut oder sozialen Ausgrenzung beenden.**

Unter den 19,5 Millionen Kindern, die EU-weit von Armut und sozialer Ausgrenzungt betroffen sind, sind **6,28 Millionen Kinder (7,9 Prozent)** schwer materiell und sozial benachteiligt.[5] Sie haben keinen Zugang zu grundlegenden Lebensnotwendigkeiten. Obwohl sich die Gesamtzahlen geringfügig verbessert haben, zeigt eine länderübergreifende Analyse sehr unterschiedliche Entwicklungen:

- **Anhaltend hohe Quoten:** Länder wie **Spanien** (34,6 Prozent), Rumänien (33,8 Prozent) und **Bulgarien** (35,1 Prozent) melden weiterhin extrem hohe Anteile von Kindern, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Diese Zahlen liegen weit über dem EU-Durchschnitt.
- **Besorgniserregende Rückschläge:** Selbst wohlhabendere Länder – die zuvor Fortschritte gemacht hatten – verzeichnen Rückschläge. In **Finnland** stieg die Quote von 13,2 Prozent im Jahr 2019 auf 17,3 Prozent im Jahr 2024. In **Belgien** kletterte sie auf 20,2 Prozent.
- **Anzeichen für Fortschritte:** Umgekehrt haben gezielte Maßnahmen in einigen Mitgliedstaaten zu Verbesserungen geführt. In **Irland** ist der Anteil von 25,1 Prozent auf 20,6 Prozent gesunken. **Polen** hat eine stabile Quote deutlich unter dem EU-Durchschnitt gehalten.
- **Regionale Unterschiede außerhalb der EU:** Kinderarmut ist in den westlichen Balkanstaaten nach wie vor weit verbreitet. Die Quoten liegen oft über dem EU-Durchschnitt. Bosnien und Herzegowina (31 Prozent), Montenegro (28 Prozent) und Serbien (13,8 Prozent) weisen erhebliche Ungleichheiten auf, insbesondere treffen sie Roma und Kinder, die in ländlichen Gebieten leben. In der Ukraine ist die Situation von Kindern aufgrund des Krieges besonders schwierig: Die Armutsquote liegt bei 65,6 Prozent, vor allem in großen Haushalten und in jenen ohne Arbeit ist die Not groß.

Die hohen Kosten unzureichender Investitionen

Die anhaltende Kinderarmut belastet die nationalen Haushalte und die Produktivität der Länder. In den OECD-Ländern wird die jährliche wirtschaftliche Belastung durch Kinderarmut auf **3,4 Prozent des BIP** geschätzt. In einigen Mitgliedstaaten sind diese Kosten sogar noch höher. So erreichen sie **in Spanien 5,1 Prozent des BIP** und **6,1 Prozent in Litauen**.[6] In **Irland** kostet die Armut den Staat jährlich **4,5 Milliarden Euro**, weil die die öffentlichen Dienste dadurch stärker in Anspruch genommen werden.[7] In **Norwegen** werden die jährlichen Kosten der Marginalisierung von Jugendlichen auf **6,4 Milliarden Euro** geschätzt. Dies zeigt: Untätigkeit ist teuer.[8]

Ein Kind, das die Schule abbricht, kann den Staat im Laufe seines Lebens zwischen **einer und zwei Millionen Euro** kosten.[9] In **Rumänien**, dem Land mit der höchsten Schulabbrecherquote der EU, werden die kumulierten Kosten auf **35,67 Prozent des jährlichen BIP** geschätzt.[10]

Die hohe Rendite von Investitionen in Kinder

Strategische Ausgaben für Kinder sind eine der wirksamsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen – und sie wirken langfristig. Die Renditen sind außergewöhnlich hoch, da sie zu besser qualifizierten Arbeitskräften führen und die künftige Abhängigkeit vom Staat verringern. So kann beispielsweise jeder Euro, der in Schulmahlzeiten investiert wird, einen Nutzen von **7 bis 34 Euro** generieren. Ein flächendeckendes Programm in Schweden führt zu einem **um drei Prozent höheren Lebenseinkommen** für heutige Schulkinder.[11]

Ein Teufelskreis zwischen den Generationen

Armut wird oft „vererbt“ und führt dazu, dass die öffentlichen Haushalte über Generationen hinweg belastet werden. Wer in einer Familie aufgewachsen ist, in der das Geld knapp war, hat als Erwachsener ein Armutsrisiko von 20 Prozent.[12] Für die, die in stabilen finanziellen Verhältnissen aufwuchsen, liegt es bei 12,4 Prozent. In **Deutschland** dauert es durchschnittlich **sechs Generationen**, bis ein Kind aus einer einkommensschwachen Familie das nationale Durchschnittseinkommen erreicht.[13] Dies zeigt, wie gering die soziale Mobilität ist. Dieser Kreislauf verstärkt sich durch miteinander verbundene Benachteiligungen, die die Gesundheit, die Bildung und die soziale Inklusion betreffen.

Wer ist am stärksten gefährdet?

Kinderarmut betrifft bestimmte Gruppen überproportional. Besonders gefährdet sind diejenigen, die auf mehreren Ebenen benachteiligt werden. Politische Maßnahmen in den einzelnen Ländern müssen für diese Kinder passen, um wirksam zu sein. Zu diesen Gruppen gehören:

Tabelle 1: Besonders gefährdete Kinder

Gruppe	Hervorgehoben in den nationalen Aktionsplänen zur Kindergarantie durch die nationalen Behörden
Roma-Kinder und Kinder anderer ethnischer Minderheiten	Deutschland, Finnland, Irland, Italien, Litauen, Polen, Rumänien, Spanien, Schweden
Kinder mit Migrationsgeschichte	Deutschland, Finnland, Irland, Italien, Litauen, Polen, Rumänien, Spanien, Schweden
Kinder in alleinerziehenden Haushalten	Deutschland, Finnland, Irland, Italien, Litauen, Polen, Spanien, Schweden
Kinder in kinderreichen Familien (Haushalte mit mehreren Kindern)	Deutschland, Finnland, Irland, Italien, Litauen, Polen, Spanien, Schweden
Kinder mit Behinderungen	Deutschland, Finnland, Irland, Italien, Litauen, Polen, Rumänien, Spanien, Schweden
Kinder in Familien mit geringem Einkommen oder Familien in prekären Situationen (einschließlich Wohnsituation)	Deutschland, Finnland, Irland, Italien, Litauen, Polen, Rumänien, Spanien, Schweden
Kinder in ländlichen Gebieten	Litauen, Rumänien, Spanien
Kinder im Schutzsystem (Institutionelle Unterbringung / Wohnungslosigkeit)	Deutschland, Finnland, Irland, Italien, Litauen, Polen, Rumänien, Spanien, Schweden
Betroffene von Menschenhandel oder Gewalt (auch im Internet)	Deutschland, Finnland, Litauen, Polen, Spanien, Schweden
Kinder mit psychischen Problemen	Deutschland, Finnland, Irland, Italien, Litauen, Polen, Spanien, Schweden
Kinder mit problematischem Drogenkonsum und Verhaltensstörungen	Deutschland, Finnland, Litauen, Polen, Schweden
LGBTIQ+-Kinder	Deutschland, Finnland, Irland, Schweden

Die nationalen Mitglieder von Save the Children betonen außerdem, dass Kinderarmut auch deshalb nicht ausreichend entgegnet werden kann, weil **viele Gruppen übersehen werden**. Sie werden weder statistisch erfasst noch in politischen Vorhaben berücksichtigt.

Diese weit verbreiteten Datenlücken führen auch dazu, dass viele Kinder in den politischen Strategien nicht vorkommen und sie Schwierigkeiten haben, Unterstützung zu erhalten. Ihre Bedürfnisse werden nicht erfasst und auch bei der Zuweisung von Ressourcen nicht anerkannt. Damit ist es für sie besonders schwer, den Kreislauf der Ausgrenzung zu durchbrechen.

Diese Lücken müssen geschlossen werden, damit politische Maßnahmen auf einem genauen Verständnis davon basieren, wer am stärksten von Kinderarmut betroffen ist und warum.

Ursachen für Kinderarmut

Kinderarmut ist vielschichtig. Steigende Lebenshaltungskosten, unzureichende Sozialsysteme, nicht aufeinander abgestimmte Angebote und Ungleichheiten zwischen verschiedenen Regionen und unterschiedlichen ethnischen Gruppen verschärfen weiterhin die Benachteiligung vieler Kinder in ganz Europa und den angrenzenden Regionen. In vielen Kontexten ist Armut nicht nur ein vorübergehender Zustand, sondern eine t**ief verwurzelte Folge systemischer Ausgrenzung.** Das Verständnis dieser Ursachen ist unerlässlich, um wirksame, gezielte und nachhaltige politische Maßnahmen zu entwickeln.

Tabelle 2: Häufige Ursachen für Kinderarmut in den Schwerpunktländern

Faktor	In diesem Bericht hervorgehobene Länder
Wirtschaftliche Instabilität, Inflation, niedrige Löhne/Einkommen	Albanien, Bosnien und Herzegowina, Deutschland, Finnland, Irland, Italien, Kosovo, Litauen, Montenegro, Norwegen, Polen, Schweden, Spanien, Ukraine
Fragmentierte/unzureichende soziale Absicherung	Albanien, Bosnien und Herzegowina, Deutschland, Kosovo, Montenegro, Serbien, Schweden, Spanien, Ukraine
Zu geringe Investitionen in Kinder/ soziale Bereiche	Italien, Rumänien, Spanien, Schweden, Ukraine
Begrenzter Zugang zu hochwertiger Bildung und Gesundheitsversorgung	Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Litauen, Montenegro, Rumänien, Spanien, Ukraine
Diskriminierung und Ausgrenzung	Albanien, Bosnien und Herzegowina, Italien, Kosovo, Montenegro, Polen, Rumänien, Serbien, Spanien und Ukraine
Restriktive Zulassungskriterien für Sozialleistungen/bürokratische Komplexität	Bosnien und Herzegowina, Deutschland, Irland, Kosovo, Litauen, Schweden, Serbien, Spanien
Wohnungsunsicherheit/Überbelegung von Wohnraum	Albanien, Italien, Kosovo, Litauen, Polen, Schweden, Spanien, Ukraine
Lücken in der psychologischen und psychosozialen Unterstützung	Kosovo, Schweden, Spanien, Ukraine
Arbeitslosigkeit/Unterbeschäftigung	Albanien, Bosnien und Herzegowina, Finnland, Kosovo, Serbien, Spanien
Niedriges Kindergeld oder Leistungen nicht an die Inflation angepasst	Bosnien und Herzegowina, Deutschland, Finnland, Montenegro, Polen, Schweden, Spanien

2 – Politische Maßnahmen: Rahmenbedingungen, Lücken und vielversprechende Praktiken

Alle europäischen Länder sind durch die **UN-Kinderrechtskonvention (UNKRK)** rechtlich verpflichtet, Kinderarmut zu bekämpfen. Zudem hat die EU ein wirkungsvolles Instrumentarium entwickelt, darunter die **Europäische Säule sozialer Rechte** und die **Europäische Kindergarantie**. Die Umsetzung auf nationaler Ebene ist jedoch nach wie vor fragmentiert und bleibt oft hinter den auf EU-Ebene festgelegten Zielen zurück. Zwischen Verpflichtung und Handeln klafft eine Lücke.

Fragmentierte nationale Maßnahmen

Während einige Länder wie **Irland** spezielle, regierungsübergreifende Stellen zur Bekämpfung der Kinderarmut eingerichtet haben, fehlen den meisten EU-Mitgliedstaaten und europäischen Regierungen konkrete Ziele. Einige Länder stützen sich zudem auf unspezifische oder veraltete Strategien. Und: Viele Maßnahmen sind isoliert. Dies wird der Komplexität von Armut nicht gerecht.

Die Überwachungsgremien der UN-Kinderrechtskonvention drängen immer wieder auf stärkere Maßnahmen. Doch viele Empfehlungen für gezielte Strategien und höhere Sozialleistungen bleiben unbeachtet.

Vielversprechende, aber unterfinanzierte Maßnahmen

Auch wenn übergreifende Strategien vielerorts fehlen, gibt es vielversprechende Ansätze. In ganz Europa und den Nachbarländern haben die Regierungen eine Vielzahl unterschiedlicher politischer Instrumente zur Bekämpfung von Kinderarmut eingeführt, die sowohl die Vielschichtigkeit der Herausforderung als auch die unterschiedlichen sozioökonomischen Kontexte widerspiegeln.

- Im Mittelpunkt der nationalen Maßnahmen stehen Programme zur Einkommensunterstützung, insbesondere Kindergeld und garantierte Mindesteinkommen. Länder wie **Irland, Polen, Italien** und **Norwegen** zeigen, dass gut abgestimmte monetäre Leistungen wirken: Sie belegen, dass dadurch Armutsquoten sinken und dies auch Kindern zugutekommt. Die Effektivität solcher Leistungen wird jedoch oft abgeschwächt, indem die Inflation nicht angemessen ausgeglichen wird, durch komplexe Voraussetzungen, um sie zu erhalten, und dadurch, dass sie zu wenige Menschen in Anspruch nehmen. Dies zeigen Erfahrungen in **Spanien** und **Deutschland**.

Save the Children ergänzt diese staatlichen Bemühungen durch direkte Einkommensunterstützung in Krisen- und Armutssituationen. In **Litauen** führt Save the Children **ein Programm** durch, das monatliche Transferleistungen (Bargeld und Gutscheine) und finanzieller Hilfe im Notfall mit psychosozialer Unterstützung kombiniert. In **der Ukraine** haben über **1.100 Familienunternehmen** und **4.000 landwirtschaftliche Haushalte** Zuschüsse und Schulungen erhalten, um ihre Lebensgrundlage wieder zu stabilisieren.

- Doch **finanzielle Unterstützung allein reicht nicht aus**. Wenn Kinder und Familien einen gerechten Zugang zu **grundlegenden Diensten** haben, verringert dies Kinderarmut entscheidend – und fördert Inklusion. Dazu gehören frühkindliche Bildung, Gesundheitsversorgung, Schulmahlzeiten und psychologische Betreuung. Länder wie **Finnland** und **Irland** sind mit universell zugänglichen Diensten und gezielten schulischen Initiativen in diesem Bereich führend. Andere Länder wie **Rumänien, Deutschland** und **Albanien** weiten mobile und gemeindebasierte Ansätze aus oder führen sie versuchsweise ein, um benachteiligte Gruppen zu erreichen. Dabei haben sie insbesondere ländliche und unterversorgte Gebiete im Blick.

Save the Children ergänzt diese staatlichen Bemühungen durch direkte Unterstützungsangebote und Investitionen in die Infrastruktur, insbesondere in abgelegenen oder von Krisen betroffenen Gebieten. So hat die Organisation beispielsweise im **Kosovo** dazu beigetragen, **gemeindebasierte Frühförderzentren** in 27 ländlichen Gebieten auszubauen und damit einen besseren Zugang zu früher Förderung zu schaffen: Zwischen 2021 und 2023 stieg er um 78 Prozent. In **Finnland** unterstützte

das Programm **„Fuel for Life“ über 17.000 Kinder** mit Lebensmitteln, Schulmaterialien und ermöglichte Hobbys. In **Italien** bieten die **„Punti Luce“-Zentren** einen Raum für Kinder, in dem sie lernen und spielen können, aber auch psychosozial unterstützt werden. Dort können sich die Menschen vor Ort zudem in eine kinderfreundliche Stadtentwicklung einbringen. In **Litauen** unterhält Save the Children ein Netzwerk von **33 Partner-Kindertagesstätten** für besonders schutzbedürftige Kinder.

- Auch die **Erwerbstätigkeit von Eltern wird** zunehmend **gefördert**. Initiativen im **Kosovo**, in **Polen** und **Albanien** zielen darauf ab, dass insbesondere Frauen und Personen aus einkommensschwachen Haushalten arbeiten können. Dafür wird der Zugang zu Kinderbetreuung verbessert und es werden finanzielle Anreize geschaffen. Dennoch behindern strukturelle Hindernisse den Fortschritt. Dazu gehören unsichere Beschäftigungsverhältnisse, begrenzte Angebote und geschlechtsspezifische Ungleichbehandlung.
- Die zunehmende Erkenntnis, dass **Armut und institutionelle Unterbringung, etwa in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe**, zusammenhängen, hat Länder wie **die Ukraine** und **den Kosovo** dazu veranlasst, ihre Sozialgesetze zu reformieren und familienbezogene Unterstützung auszuweiten. Dennoch ist die Unterbringung von Kindern in Einrichtungen als Folge von Armut nach wie vor weit verbreitet, insbesondere im Zusammenhang mit Flucht, Vertreibung und systematischer Unterfinanzierung.
- **Prekäre Wohnsituationen** werden zunehmend als Symptom und Ursache von Kinderarmut anerkannt. Einige Länder wie **Spanien (Katalonien)** und **Italien** haben daher begonnen, das Thema Wohnen in ihre Strategien zur Armutsbekämpfung einzubeziehen. Dennoch bestehen weiterhin Herausforderungen in Bezug auf Bezahlbarkeit, Überbelegung und unzureichende Lebensbedingungen.

Save the Children Spanien hat kindgerechte **Empfehlungen** für die **Politik** erarbeitet, die sich auf **den kommenden spanischen Nationalen Wohnungsbauplan (2026–2030)** beziehen. Ziel ist es, Kinder zu schützen und Familien Zugang zu angemessenem Wohnraum zu garantieren. Im Fokus stehen dabei Familien, deren Kinder von sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Die Perspektive der Kinderrechte soll vollständig in den Plan integriert werden. Dafür geht Save the Children Spanien sowohl auf die Zentralregierung als auch die Regionalregierungen in den autonomen Gemeinschaften zu.

- Mehrere Regierungen – darunter die Regierungen **Irlands, Finnlands** und **Albaniens** – haben Schritte unternommen, um **die Rechte der Kinder in rechtlichen und politischen Regelungen zu verankern.** Dabei orientieren sie sich an der UN-Kinderrechtskonvention und der Europäischen Kindergarantie. Allerdings gibt es bei der Umsetzung, Koordinierung und Rechenschaftspflicht von gesetzlichen und strategischen Verpflichtungen oft Lücken. Daher sind eine stärkere politische Steuerung und ein anhaltender politischer Wille zwingend nötig.

Die gesammelten Erfahrungen zeigen: **Keine einzelne Maßnahme kann Kinderarmut isoliert bekämpfen.** Ein ganzheitlicher Ansatz ist nötig, der Kinder in den Mittelpunkt stellt. Nur so sind dauerhafte und gerechte Veränderungen möglich. Es braucht Einkommensunterstützung, hochwertige soziale Dienste und Angebote, Beschäftigungsmaßnahmen, gesicherte Wohnverhältnisse und rechtlichen Schutz. Darüber hinaus müssen diese Maßnahmen gut und systematisch koordiniert und ausreichend finanziert sein – und Kinder müssen dabei ernsthaft beteiligt werden.

Die Finanzierungslücke

EU-Mittel, insbesondere aus dem **Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+)**, sind entscheidend: Mitgliedstaaten, in denen überdurchschnittlich viele Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind, müssen mindestens **fünf Prozent ihrer ESF+-Mittel für die Bekämpfung von Kinderarmut** bereitstellen. Aber: Zivilgesellschaftliche Organisationen berichten von **Hindernissen** beim Zugang zu diesen Mitteln. Zudem besteht ein wachsendes Risiko, dass **die Mittel** im nächsten EU-Haushalt **umgeschichtet und nicht mehr in Soziales investiert werden**. Daher ist die Zweckbindung für Kinderarmut ein grundlegendes Element, das im neuen Mehrjährigen Finanzrahmen beibehalten werden muss. Dazu kommt: Der tatsächliche Bedarf ist bei Weitem höher als die Mittel, die hierfür gedacht sind.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028–2034 kommt zu einem entscheidenden Zeitpunkt für die soziale Agenda der EU. Doch die vorgeschlagene neue Struktur gibt Anlass zu mehreren Bedenken. Einerseits werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, ihre Ressourcen in ihren nationalen und regionalen Partnerschaftsplänen zu bündeln, um die Kindergarantie durch gezielte Maßnahmen und Strukturreformen zur Bekämpfung der Kinderarmut umzusetzen. Gleichzeitig aber besteht die Gefahr, dass die Garantien für soziale Investitionen unzureichend sind und bestehende Schutzmaßnahmen geschwächt werden. Die Umstellung auf ein dezentrales Modell für den Europäischen Sozialfonds – integriert in umfassendere Fonds und umgesetzt durch nationale und regionale Pläne – birgt die Gefahr, dass die Sichtbarkeit, Priorisierung und Rechen-

schaftspflicht für soziale Ziele verwässert werden. So sinkt die Zweckbindung für soziale Investitionen und die Bekämpfung der Armut von **25 auf 14 Prozent**. Zudem wird es **keine zweckgebundenen Mittel zur Bekämpfung der Kinderarmut geben**. Ohne zweckgebundene Mittel, entsprechende Rahmenbedingungen und robuste Überwachungsmechanismen wird die EU höchstwahrscheinlich ihr Versprechen, bis 2030 fünf Millionen Kinder von Armut zu befreien, nicht einhalten können und die Umsetzung der Europäischen Kindergarantie untergraben.

3 – Das Versprechen der Europäischen Kindergarantie einlösen

Die **Europäische Kindergarantie** stellt einen Meilenstein in der Sozialpolitik der EU dar. Es ist eine transformative und beispiellose Initiative, die den generationsübergreifenden Kreislauf von Armut und Ausgrenzung durchbrechen will. Ihr Ziel: Alle Kinder in prekären Situationen können grundlegende soziale Dienste in Anspruch nehmen. Als erstes Instrument auf EU-Ebene ist die Europäische Kindergarantie ausdrücklich darauf ausgerichtet, die sozialen Rechte von Kindern zu garantieren. Dabei liegt der Fokus auf umsetzbaren politischen Maßnahmen, die durch nationale Umsetzungsrahmen und regelmäßiges Monitoring unterstützt werden.

Ein Katalysator für Maßnahmen

Seit ihrer Verabschiedung im Jahr 2021 ist die Europäische Kindergarantie vielerorts zu einem **Katalysator für politische Innovationen und politisches Engagement** geworden: **Italien** hat im Rahmen des Europäischen Sozialfonds+ 40 Millionen Euro für die Förderung von Roma-Kindern und -Jugendlichen bereitgestellt. **Irland** integrierte die Europäische Kindergarantie in lokale Pläne zur Armutsbekämpfung, die durch ein nationales Programmbüro koordiniert werden. In **Litauen** wurden die nationalen Anlaufstellen für psychische Gesundheit erheblich ausgebaut – durch die Ausweitung der multidimensionalen Familientherapie. In **Schweden** wurde ein Pilotprojekt für eine Freizeitkarte vorgeschlagen, die Kindern den Zugang zu kulturellen und Freizeitaktivitäten ermöglicht.

Darüber hinaus hat die Europäische Kindergarantie auch **bestehende Dienste gestärkt und ausgebaut**. So hat **Finnland** beispielsweise die frühkindliche Bildung und Betreuung gestärkt, indem weniger Kinder pro Fachkraft betreut werden. Zudem wurden dort die Gesundheitsangebote für Kinder gestärkt. In **Rumänien** werden benachteiligte Gruppen besser unterstützt. Für sie gibt es eigene Zentren mit unterschiedlichen Angeboten und zudem Projekte, die sich gezielt an Roma richten. In **Polen** wurden bestehende soziale Programme formalisiert und besser an die Kindergarantie-Grundsätze angepasst, um benachteiligte Kinder in Bereichen wie Bildung, Ernährung und Wohnen zu unterstützen.

Der Einfluss der Europäischen Kindergarantie reicht zudem über die EU hinaus. In **den EU-Beitrittsstaaten** erweist sie sich als wichtiger Reformplan – wie wiederholt von Save the Children gefordert. So hat der **Kosovo** sein Sozialhilfesystem reformiert und die gemeindebasierten Frühförderungszentren ausgebaut; **Albanien** hat die Kindergarantie-Grundsätze in seine nationale Sozialschutzstrategie integriert. In der **Ukraine** liefert die Europäische Kindergarantie eine Blaupause für einen künftigen kindgerechten Wiederaufbau, der sicherstellt, dass die langfristige Entwicklung mit den EU-Standards in Einklang steht. Die Unterstützung dieser Länder bei der Verabschiedung von Aktionsplänen, die sich an der Europäischen Kindergarantie orientieren, muss zu einem zentralen Bestandteil des EU-Beitritts werden. Dies kann in Form fachlicher oder finanzieller Unterstützung sein.

Anhaltende Lücken bei der Umsetzung

Trotz dieser Fortschritte gibt es **weiterhin erhebliche Herausforderungen**. So ist die Finanzierung in vielen Ländern nach wie vor zu kleinteilig oder befristet. Wichtige Bereiche wie Wohnen und die Gesundheitsversorgung erhalten nur unzureichende Aufmerksamkeit. Auch Unterschiede zwischen den Regionen, eingeschränkte Mobilität und der Arbeitskräftemangel schränken weiterhin die Reichweite der Dienstleistungen ein. Häufig nicht zentral gesammelte Daten behindern die Bemühungen, Fortschritte zu überwachen und die am stärksten benachteiligten Kinder zu erreichen. Darüber hinaus schreibt die Europäische Kindergarantie zwar die Beteiligung von Kindern vor, doch viele Länder beteiligen Kinder bisher nur symbolisch oder punktuell, nur wenige (z. B. **Deutschland, Irland** und **Italien**) unternehmen strukturiertere Anstrengungen.

- **Fragmentierte Steuerung:** In dezentral organisierten Staaten wie **Spanien** und **Deutschland** erschweren komplexe und isolierte Regierungsstrukturen („Versäulung") koordinierte, sektorübergreifende Maßnahmen erheblich. Der Erfolg der Europäischen Kindergarantie ist untrennbar mit einer effektiven Mehrebenen-Governance verbunden. Während die nationalen Regierungen für die Entwicklung nationaler Aktionspläne verantwortlich sind, werden die garantierten Leistungen überwiegend auf lokaler Ebene bereitgestellt. **Kommunen sind daher wichtige Partner** bei der Verwirklichung der Garantie, und ihre Beteiligung an der Konzeption und Umsetzung von Maßnahmen ist entscheidend.

- **Nicht nachhaltige Finanzierung**: Eine große Schwäche ist das Fehlen einer zweckgebundenen, langfristigen nationalen Finanzierung. Viele nationale Aktionspläne verfügen über **kein spezifisches Budget** und stützen sich auf befristete Projekte oder bestehende Budgets, was strukturelle Veränderungen und eine langfristige Planung verhindert. Save the Children hat bereits Bedenken hinsichtlich der unzureichenden Finanzierung geäußert und darauf hingewiesen, dass die wiederholte Forderung des Europäischen Parlaments nach einem **zweckgebundenen Budget von 20 Milliarden Euro** für die Europäische Kindergarantie nicht in den jüngsten Bericht der Kammer zum Mehrjährigen Finanzrahmen aufgenommen wurde. Eine angemessene **Zweckbindung des ESF+** ist zwar sehr wichtig. Ob sie wirkt, steht und fällt damit, dass die EU-Mitgliedstaaten die Mittel effektiv einsetzen und durch **angemessene nationale Ressourcen** ergänzen – die wiederum durch konkurrierende Prioritäten oder Sparmaßnahmen gefährdet sein können. Der Erfolg der Europäischen Kindergarantie hängt daher von starkem politischem Druck und der Rechenschaftspflicht der Kommission, des Parlaments und der zivilgesellschaftlichen Organisationen ab. Nur so lässt sich sicherstellen, dass die nationalen Aktionspläne zu konkreten Maßnahmen führen.

- **Zugangsbarrieren**: Aufgrund regionaler Ungleichheiten (Stadt vs. Land), praktischer Hindernisse wie Transport und anderer versteckter Kosten sowie eines wesentlichen Mangels an qualifiziertem Personal in Bereichen wie Kinderbetreuung und psychische Gesundheit erreichen die Dienste oft nicht diejenigen, die sie am dringendsten benötigen.

- **Daten- und Monitoring-Defizite**: Eine wirksame Politik wird durch eine schlechte Datenlage behindert. In der gesamten EU sind die Daten nach wie vor fragmentiert und geben die Realität der am stärksten benachteiligten Kinder – darunter Roma, Kinder mit Behinderungen oder Kinder ohne Papiere – nicht wieder, sodass sie statistisch unsichtbar bleiben. Das derzeitige Monitoring der Europäischen Kindergarantie hat seine Grenzen. Die aktuell dafür verwendeten Indikatoren unterscheiden sich in Bezug auf Vergleichbarkeit, Zuverlässigkeit und Aktualität zwischen den Mitgliedstaaten; dabei gibt es erhebliche Lücken bei der Erfassung der Erfahrungen benachteiligter Gruppen. So hatten beispielsweise im Jahr 2022 nur 20 Prozent der Kinder unter drei Jahren, die nach den AROPE-Kriterien von Armut bedroht waren, Zugang zu formeller Kinderbetreuung. Zum Vergleich: Bei den besser gestellten Gleichaltrigen sind es fast 40 Prozent.[14] Diese Kluft zeigt, dass es selbst, wenn Dienstleistungen auf dem Papier „kostenlos" oder „verfügbar" sind, erhebliche Hindernisse geben kann, sie zu nutzen. Versteckte Kosten, mangelnde Informationen, die geografische Entfernung oder soziale Stigmatisierung verhindern, dass sie genutzt werden. Um diesem Problem zu begegnen, muss das Monitoring über die Teilnahmequoten hinausgehen und disaggregierte und qualitative Daten zur Qualität der Dienste und Angebote, zur Erschwinglichkeit und zu den tatsächlichen Hindernissen umfassen, mit denen Familien konfrontiert sind. Dies erfordert verbesserte Datensysteme und eine direkte Einbindung der betroffenen Gruppen.

- **Symbolische Beteiligung von Kindern**: Zwar gibt es Mechanismen für die Beteiligung von Kindern (z. B. Jugendräte in Irland, Konsultationen in Deutschland), doch sind diese oft ad hoc, symbolisch und haben keinen wesentlichen Einfluss auf die Gestaltung, Budgetierung oder Bewertung von Politikmaßnahmen.

Die Europäische Kindergarantie dient als **Diagnosewerkzeug**, das diese seit langem bestehenden Schwächen sichtbar macht. Gleichzeitig bietet sie einen leistungsfähigen Rahmen, um diese Schwächen durch integrierte Planungs-, Finanzierungs- und Rechenschaftsmechanismen zu beheben. Während sich die EU auf die Halbzeitüberprüfung der Europäischen Kindergarantie im Jahr 2026 vorbereitet, steht die Politik an einem entscheidenden Punkt. Um ihr transformatives Potenzial voll auszuschöpfen, muss sich die Europäische Kindergarantie von einem vielversprechenden Rahmen zu einem **systemischen Motor des Wandels** entwickeln – mit einer stärkeren Steuerung, einer nachhaltigen Finanzierung, robusten Datensystemen und einer sinnvollen Einbindung von Kindern und der Zivilgesellschaft.

4 – Fazit und Empfehlungen

Dieser Absatz fasst die Schlussfolgerungen und damit verbundenen Empfehlungen dieses Berichts zusammen und hebt die wichtigsten politischen Implikationen für Entscheidungsträger auf EU- und nationaler Ebene hervor.

Schlussfolgerung 1:

Kinderarmut ist das Ergebnis politischer Entscheidungen – und keine unvermeidbare Tatsache.

Kinderarmut ist vermeidbar. Die in diesem Bericht gesammelten Daten zeigen, dass ein grundlegendes Bekenntnis zu Maßnahmen dringend erforderlich ist. Die tatsächliche Wirkung solcher Maßnahmen hängt von einer konsequenten Umsetzung, ausreichenden finanziellen Mitteln und einer sinnvollen Einbindung von Kindern und zivilgesellschaftlichen Organisationen ab. Die Kinderarmutsquoten variieren zwischen den Ländern erheblich, was nicht auf Zufall zurückzuführen ist, sondern auf unterschiedliche politische Verpflichtungen, politische Konzepte und finanzpolitische Entscheidungen. Kinderarmut als eine Frage des politischen Willens und nicht als wirtschaftliches Schicksal anzuerkennen, ist eine Voraussetzung für Fortschritte und Erfolg.

Warum das wichtig ist:

Die Anerkennung von Kinderarmut als politisches und vermeidbares Problem ist der erste Schritt, um Maßnahmen zu ergreifen. Es bedarf eines echten politischen Engagements, um langfristige Investitionen und politische Reformen umzusetzen, insbesondere wenn Kinder selbst nicht an politischen Wahlen teilnehmen dürfen. In den letzten Jahren wurden bedeutende Fortschritte beim Engagement der EU für die Rechte von Kindern und die Bekämpfung von Kinderarmut erzielt. Nun ist es für die EU entscheidend, auf diesen Errungenschaften aufzubauen und sie in dauerhafte Veränderungen umzusetzen.

Empfehlungen:

→ Um Kinderarmut zu bekämpfen, müssen nicht komplett neue Lösungen gefunden werden, sondern die vorhandenen Konzepte umgesetzt werden, ausreichend investiert werden und es muss ein nachhaltiger politischer Wille da sein.

→ Die EU muss den Kampf gegen Kinderarmut und Investitionen in Kinder in ihrer politischen Agenda priorisieren, einen konkreten Plan zur Stärkung der Kindergarantie vorlegen, eine ehrgeizige EU-Strategie zur Armutsbekämpfung aufstellen und ausreichende Mittel bereitstellen, um Armut bis 2050 zu beseitigen.

→ Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut dürfen nicht als Ausgabe betrachtet werden, die wir uns nicht leisten können, sondern als eine zentrale strategische Investition in die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, den sozialen Zusammenhalt und die Widerstandsfähigkeit Europas.

→ Die EU sollte ein ehrgeiziges und messbares Ziel zur Verringerung der Kinderarmut in die neue EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut und den erneuerten Aktionsplan aufnehmen, begleitet von einem klaren Fahrplan zur rechtzeitigen Erreichung dieses Ziels.

→ Die europäischen Regierungen müssen nationale Ziele zur Verringerung der Kinderarmut in nationalen Strategien, Haushalten und Finanzierungsplänen verankern. Dazu gehört auch die Entwicklung umfassender Aktionspläne zur Umsetzung der Empfehlungen des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes.

Schlussfolgerung 2:

Verzahnte und integrierte Angebote sind für eine wirksame Unterstützung von entscheidender Bedeutung.

Die Bedürfnisse von Kindern sind vielschichtig, daher müssen auch die Angebote und Dienste, die zu ihrer Unterstützung konzipiert werden, vielschichtig sein. Der Erfolg integrierter Ansätze, die beispielsweise Gesundheit, Bildung und Unterstützung für Eltern miteinander verbinden, verdeutlicht die Leistungsfähigkeit vernetzter, gemeindebasierter Angebote. Die Europäische Kindergarantie bietet einen Rahmen zur Förderung solch integrierter Ansätze. Im Gegensatz dazu führt eine fragmentierte oder isolierte Leistungserbringung oft zu Dopplungen, verpassten Präventionsmöglichkeiten und unzugänglichen Wegen für die bedürftigsten Familien.

Warum das wichtig ist:

Benachteiligte Kinder sind häufig mit vielfältigen und sich verstärkenden Nachteilen konfrontiert, von Ernährungsunsicherheit und instabilen Wohnverhältnissen bis hin zu psychischen Problemen und Lernrückständen. Koordinierte und ganzheitliche Dienstleistungen stellen sicher, dass kein Kind durch das Raster fällt.

Empfehlungen:

- → Die politischen Entscheidungsträger*innen auf EU- und nationaler Ebene sollten der Entwicklung integrierter Unterstützungssysteme für Kinder und Familien Vorrang einräumen, insbesondere in benachteiligten städtischen und ländlichen Kommunen.
- → EU-Fördermittel sollten Anreize für eine sektorübergreifende Zusammenarbeit auf nationaler, kommunaler und regionaler Ebene schaffen, die über isolierte Maßnahmen hinausgeht. Kinderarmut kann nicht allein von den Sozialministerien gelöst werden. Es handelt sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem, das eng mit strukturellen Fragen in anderen Bereichen verknüpft ist, insbesondere im Bereich Wohnen und im Kinderschutz.
- → Monitoring-Mechanismen sollten nicht nur die Abdeckung durch Leistungen und Angebote, sondern auch die Wirksamkeit der Koordinierung und Vernetzung messen.
- → Die anhaltende Kinderarmut ist oft die unbeabsichtigte Folge von Entscheidungen in anderen Bereichen, bei denen die Auswirkungen auf die jüngsten Mitglieder der Gesellschaft nicht ausreichend berücksichtigt wurden (z. B. Entscheidungen, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, die Berechnung der Wohngeldleistungen zu ändern oder öffentliche Flächen neu zu gestalten). Die Kinderrechtsfolgenabschätzung (CRIA) ist ein wirksames Präventionsinstrument, um diesem systemischen Übersehen entgegenzuwirken. Kinderrechtsfolgenabschätzungen sollten auf ein breites Spektrum von politischen Maßnahmen in verschiedenen Schlüsselbereichen – wie Finanzen, Verkehr, Wohnen oder Umwelt – angewendet werden, damit sie eine weitaus größere, wenn auch indirekte Wirkung entfalten können.

Schlussfolgerung 3:

„Gezielter Universalismus“ schafft ein Gleichgewicht zwischen Fairness und Effektivität.

Universelle Maßnahmen, wie etwa Kindergeld für alle Kinder, stellen sicher, dass kein Kind von den in der UN-Kinderrechtskonvention verankerten Grundrechten ausgeschlossen wird. Innerhalb dieser universellen Systeme muss jedoch zusätzliche Unterstützung gezielt auf die besonders gefährdeten Kinder ausgerichtet werden. Dieser duale Ansatz – universeller Zugang mit gezielter Intensität – maximiert sowohl die soziale Rendite als auch die öffentliche Legitimität.

Warum das wichtig ist:

Dieser Bericht zeigt, dass universell zugängliche Kinderbetreuungsleistungen insbesondere die Ergebnisse für Kinder aus einkommensschwachen Familien verbessern, vor allem wenn sie mit gezielten Subventionen einhergehen. Umgekehrt können gezielte Programme allein die Leistungsempfänger*innen stigmatisieren oder weniger genutzt werden.

Empfehlungen:

- → Die nationalen Regierungen sollten den universellen Anspruch auf wichtige soziale Leistungen und Angebote beibehalten, aber progressive Finanzierungsmechanismen und gezielte Zugangsunterstützung für diese Leistungen und Angebote einführen, um Kinder in prekären Situationen gezielt zu unterstützen.
- → Die Europäische Kindergarantie sollte priorisiert und gestärkt werden, wobei universelle Grundsätze gewahrt bleiben und gleichzeitig spezifische Hindernisse für Gruppen in prekären Situationen – wie Roma-Kinder, Kinder mit Behinderungen und Kinder mit Migrationshintergrund – identifiziert und beseitigt werden sollten. Um dies zu erreichen, muss die Kindergarantie gestärkt und vollständig umgesetzt werden, mit verbindlichen, zweckgebundenen EU-Mitteln, die dem Ausmaß der Herausforderungen entsprechen.
- → Geldtransfers bzw. monetäre Leistungen und Sachleistungen sind wirksame Instrumente zur Verringerung der Kinderarmut, aber ihre Wirkung ist am größten, wenn sie im Zusammenspiel und nicht als konkurrierende Alternativen eingesetzt werden. Ein einseitiger und einheitlicher Ansatz reicht nicht aus, um den unterschiedlichen Bedürfnissen der Familien und den unterschiedlichen Kontexten in den einzelnen Ländern gerecht zu werden. Die europäischen Regierungen sollten integrierte, kindgerechte Sozialschutzpakete konzipieren und umsetzen, die monetäre Leistungen, universelle Sachleistungen und gezielte Unterstützungsleistungen strategisch kombinieren.
- → EU-Erweiterungskandidaten sollten dabei unterstützt werden, fortschrittliche, inklusive Leistungssysteme aufzubauen, die rechtsbasierten Zugang bieten und Angebote gezielt bereitstellen.

Schlussfolgerung 4:

Eine nachhaltige, kindgerechte Finanzierung ist notwendig, um Investitionslücken zu schließen.

Die Bekämpfung der Kinderarmut erfordert stabile und ausreichende öffentliche Investitionen. Die EU verfügt zwar über mehrere wichtige Instrumente zur Beseitigung der Kinderarmut, deren Wirkung hängt jedoch letztlich davon ab, ob sie wirksam umgesetzt und nachhaltig finanziert werden.

Warum das wichtig ist:

Ohne eine angemessene und planbare Finanzierung laufen selbst die fortschrittlichsten politischen Verpflichtungen (z. B. die Kindergarantie oder nationale Sozialleistungen) Gefahr, zu bloßen Versprechen auf dem Papier zu werden.

Finanzielle Zwänge und neue politische Prioritäten dürfen nicht als Rechtfertigung für die Unterfinanzierung von Leistungen herangezogen werden, die für die Entwicklung und das Wohlergehen von Kindern von grundlegender Bedeutung sind. Der Entwurf des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens garantiert immer noch nicht, dass Kinder und Familien in prekären Situationen von nachhaltigen und gezielten EU-Investitionen profitieren werden. Die bevorstehenden Verhandlungen des Mehrjährigen Finanzrahmens bieten eine entscheidende Gelegenheit, diese Lücken zu schließen und einen wirklich kindzentrierten Finanzrahmen zu schaffen.

Empfehlungen:

→ Die EU und die nationalen Regierungen sollten die Mittelzuweisungen an der nachgewiesenen Rentabilität („Return on Investment") von frühen Interventionen und kinderorientierten Programmen anpassen. Die EU verfügt über die Instrumente, um Kinderarmut zu beenden, aber dafür sind ausreichende Ressourcen erforderlich. Soziale Investitionen müssen ein zentraler Pfeiler der politischen Agenda der EU bleiben. Angesichts der intensiven Diskussionen über Wettbewerbsfähigkeit, Produktivität und Sicherheit muss die EU so den Zusammenhalt Europas, ihren einzigartigen strategischen Vorteil und eine wichtige Quelle ihrer Legitimität schützen.

→ Die EU muss im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen eine nachhaltige, auf Kinder ausgerichtete Finanzierung sicherstellen. Wie vom Europäischen Parlament mehrfach gefordert, sollte die EU einen speziellen Europäischen Sozialfonds+-Haushalt von mindestens 20 Milliarden Euro für die Europäische Kindergarantie einrichten, um deren Wirkung auf die Verringerung der Kinderarmut zu maximieren. Darüber hinaus sollte sichergestellt werden, dass mindestens 5 Prozent der Europäischen Sozialfonds-Mittel für die Bekämpfung der Kinderarmut in allen EU-Mitgliedstaaten bereitgestellt werden. Für Länder mit einer AROPE-Quote über dem EU-Durchschnitt sollte dieser Anteil auf mindestens 10 Prozent erhöht werden.

→ Der nächste Mehrjährige Finanzrahmen sollte vollständig mit der UN-Kinderrechtskonvention und der EU-Grundrechtecharta in Einklang stehen. Ein „Child Lens Investing"-Ansatz muss für alle Finanzierungsinstrumente eingeführt werden, unterstützt durch einen transparenten „Child Marker", um die Ausgaben zu verfolgen und sie mit messbaren Ergebnissen für Kinder zu verknüpfen. Klare Finanzzuweisungen sollten in alle Kindergarantie-Aktionspläne eingebettet werden, um Engagement zu demonstrieren und ein Monitoring zu ermöglichen.

→ Das Europäische Semester und die damit verbundenen Instrumente zur Haushaltsüberwachung sollten nicht nur die Einhaltung der Haushaltsvorschriften, sondern auch die Angemessenheit der sozialen Investitionen bewerten.

→ Die nationalen Regierungen sollten dazu angehalten werden, Instrumente zur kinderrechtsorientierten Haushaltsplanung (Child Rights Budgeting) einzuführen, die für die EU-Mitgliedstaaten verbindlich sein sollten. So könnte Transparenz bei der Nachverfolgung von Ausgaben und Ergebnissen gewährleistet werden.

→ In den Beitrittsländern sollten kinderzentrierte Reformen gefördert werden, indem soziale Inklusion und nationale Pläne zur Umsetzung der Kindergarantie zu verbindlichen Bedingungen für EU-Finanzhilfen gemacht werden. Die EU sollte sicherstellen, dass Kindergarantie-bezogene Investitionen im Rahmen von Beitrittsinstrumenten (z. B. Vorbeitrittshilfen) förderfähig sind, wobei die kinderbezogenen Ausgaben in den Erweiterungsländern klar sichtbar und nachvollziehbar sein müssen.

Schlussfolgerung 5:

Die Qualität der Angebote sollte genauso wichtig sein wie die Abdeckung.

Die Ausweitung des Zugangs zu Angeboten ist notwendig, aber nicht ausreichend. Es ist erwiesen, dass eine bloße Erhöhung der Verfügbarkeit ohne Investitionen in die Qualität die Auswirkungen auf die kindliche Entwicklung begrenzt. Zu den wichtigsten Qualitätsfaktoren zählen gut ausgebildetes Personal, ein angemessener Betreuungsschlüssel, inklusive pädagogische Ansätze und ein emotional unterstützendes Umfeld.

Warum das wichtig ist:

Für Kinder in prekären Lebenslagen ist Qualität am wichtigsten. Unzureichende oder minderwertige Leistungen und Angebote können die Ungleichheit eher vergrößern als verringern.

Empfehlungen:

→ Die EU und die nationalen Entscheidungsträger*innen sollten Mindestqualitätsstandards für Dienste im Rahmen der Kindergarantie festlegen, die durch Investitionen in die Ausbildung von Fachkräften und in die Infrastruktur unterstützt werden.

→ Die nationalen Bildungs- und Betreuungssysteme sollten inklusiven und kulturell sensiblen Ansätzen Vorrang einräumen, insbesondere in den ersten Lebensjahren eines Kindes und in Übergangsphasen.

→ Zivilgesellschaftliche Organisationen, Kinder- und Jugendorganisationen und Strukturen wie Jugendräte sollten als Vordenker für Innovationen anerkannt und in die Gestaltung und das Monitoring von Angeboten einbezogen werden.

Schlussfolgerung 6:

Ein verbessertes Monitoring und disaggregierte Daten sind für die Rechenschaftspflicht unerlässlich.

Datenlücken verschleiern Ungleichheiten. Ohne disaggregierte Daten – insbesondere nach Einkommen, ethnischer Zugehörigkeit, geografischer Lage, Migrationsstatus und Behinderung – können Maßnahmen zur Verringerung der Kinderarmut nicht richtig ausgerichtet, überwacht oder verbessert werden. Denn: Ohne Kenntnis darüber, wer wo und wie betroffen ist, fehlen notwendige Parameter. Das Fehlen solcher Daten führt dazu, dass die Politik Kinder übersieht, und lässt strukturelle Ausgrenzung unangefochten fortbestehen.

Warum das wichtig ist:

Zuverlässige, kinderspezifische Daten sind kein technischer Luxus, sondern ein grundlegendes Instrument für Gerechtigkeit und Wirkungsorientierung. Sie erlauben es politischen Entscheidungsträger*innen, Ressourcen dorthin zu lenken, wo sie am dringendsten benötigt werden. Zudem ermöglichen sie es der Zivilgesellschaft, Institutionen zur Rechenschaft zu ziehen, und befähigen Menschen, sich für Veränderungen einzusetzen. Datentransparenz fördert auch das Vertrauen der Öffentlichkeit und untermauert demokratische Entscheidungsprozesse. Ohne sie bleiben die Versprechen der Kindergarantie und der nationalen Strategien zur Armutsbekämpfung für genau die Kinder unerfüllt, die sie am dringendsten benötigen.

Empfehlungen:

→ Die EU sollte einen harmonisierten Monitoring-Rahmen mit kindbezogenen Indikatoren und jährlichen Fortschrittsberichten einrichten.

→ Die nationalen Statistikämter müssen die Datenerhebung zu Kindern verbessern, aufgeschlüsselt nach Einkommen, Altersgruppe, Familienstruktur, geografischer Lage, Behinderung, ethnischer Zugehörigkeit und Migrationsstatus.

Schlussfolgerung 7:

Die ernsthafte Beteiligung von Kindern und der Zivilgesellschaft muss institutionalisiert werden.

Übereinstimmend mit Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention verfügen Kinder über einzigartige Lebenserfahrungen und Perspektiven, die sie zu unverzichtbaren Mitwirkenden bei der Gestaltung wirksamer und inklusiver politischer Maßnahmen machen. In vielen Ländern sind jedoch formelle Mechanismen zur Gewährleistung ihrer Beteiligung entweder schwach ausgeprägt oder fehlen gänzlich. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die eine wichtige Vermittlerrolle bei der Verstärkung der Stimme von Kindern und der Erreichung marginalisierter Gruppen spielen, arbeiten gleichzeitig oft unter erheblichen Ressourcenbeschränkungen und haben nur begrenzten Einfluss auf politische Prozesse.

Warum das wichtig ist:

Wenn Kinder sinnvoll und ernsthaft einbezogen werden, sind politische Maßnahmen wirksamer und inklusiver. Die Beteiligung hilft Kindern auch dabei, Fähigkeiten, Selbstvertrauen und ein Gefühl der Selbstwirksamkeit zu entwickeln. Das trägt zum sozialen Zusammenhalt und demokratischer Resilienz bei.

Empfehlungen:

→ Die EU sollte Prozesse zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, wie beispielsweise die Plattform für Kinderbeteiligung (Child Participation Platform), ausweiten und mit Ressourcen ausstatten. Von den Mitgliedstaaten sollte sie verlangen, dass sie ihr Engagement für Kinder und zivilgesellschaftliche Organisationen unter Beweis stellen.

→ Wie von der UN-Kinderrechtskonvention gefordert, sollten Regierungen über symbolische Gesten hinausgehen und nachhaltige, mit Ressourcen ausgestattete Mechanismen schaffen, damit Kinder, Jugendliche und zivilgesellschaftliche Organisationen an der Konzeption, Umsetzung und Bewertung aller Maßnahmen zur Armutsbekämpfung beteiligt werden können.

Schlussfolgerung 8:

Maßnahmen gegen Kinderarmut sind die klügste Investition Europas.

Kinderarmut verursacht massive langfristige Kosten durch geringere Bildungsabschlüsse, verminderte Produktivität, schlechtere Gesundheit und höhere Abhängigkeit von Sozialleistungen. Frühzeitige und nachhaltige Investitionen in Kinder sind nachweislich ein Motor für integratives Wachstum und sozialen Zusammenhalt.

Warum das wichtig ist:

Angesichts der demografischen Herausforderungen, des Fachkräftemangels und der sozialen Fragmentierung in Europa sorgt die Priorisierung von Kindern für eine gerechtere, gesündere, qualifiziertere und kohäsivere Gesellschaft. Das ist nicht nur der richtige, sondern auch der wirtschaftlich sinnvollste Weg in die Zukunft.

Empfehlungen:

→ Die EU-Institutionen und die nationalen Regierungen müssen die Rechte und das Wohlergehen von Kindern in den

Mittelpunkt aller relevanten rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen stellen. Dazu gehört auch, das Wohl des Kindes und das Recht auf Teilhabe in allen Bereichen zu verankern.

→ Entscheidungsträger*innen der EU und der Mitgliedstaaten müssen Investitionen in Kinder als Priorität für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, den sozialen Zusammenhalt und die Generationengerechtigkeit betrachten.

→ Eine sinnvolle und ernsthafte Einbeziehung von Kindern und der Zivilgesellschaft sollte eine Voraussetzung für den Zugang zu Finanzmitteln und ein obligatorischer Bestandteil aller nationalen Planungen und Berichterstattungen sein.

→ Die Kindergarantie muss vollständig in die künftige EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut integriert werden, um eine ganzheitliche und wirksame Reaktion auf Kinderarmut in allen Politikbereichen zu gewährleisten.

Schlussfolgerung 9:

Die Europäische Kindergarantie muss gestärkt werden, um maximal zu wirken.

Die Kindergarantie stellt einen historischen Fortschritt dar, da sie den ersten Rahmen auf EU-Ebene bietet, um Kinderrechte in messbare Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut umzusetzen. Die ersten Monitoring-Ergebnisse zeigen jedoch eine ernüchternde Realität: Der Erfolg der Kindergarantie wird durch strukturelle Herausforderungen auf nationaler Ebene beeinträchtigt.

Warum das wichtig ist:

Die Behebung von Schwächen in der Umsetzung ist von grundlegender Bedeutung. Wenn diese Herausforderungen nicht angegangen werden, läuft die Europäische Kindergarantie Gefahr, eher ein Versprechen auf dem Papier zu bleiben als eine echte Wende für Millionen von Kindern zu bewirken.

Empfehlungen:

→ Die Europäische Kindergarantie muss eine politische Priorität bleiben und werden und systematisch in das Europäische Semester integriert werden, um eine regelmäßige Überwachung zu gewährleisten. Die Überprüfung durch die Europäische Kommission im Jahr 2026 sollte genutzt werden, um von allen Mitgliedstaaten überarbeitete, ehrgeizigere nationale Aktionspläne mit klaren Zielen, gemeinsamen Indikatoren für das Monitoring und Finanzierungszusagen zu verlangen.

→ Die Beseitigung der Kinderarmut muss im nächsten EU-Haushalt oberste Priorität haben. Dazu gehört auch, die Forderung nach einem speziellen Budget für die Kindergarantie von mindestens 20 Milliarden Euro zu unterstützen und sicherzustellen, dass auch Vorbeitrittshilfen dafür genutzt werden.

→ Die EU sollte die Umsetzung der Kindergarantie ausdrücklich mit den Verpflichtungen aus der UN-Kinderrechtskonvention verknüpfen – insbesondere mit Artikel 27 über einen angemessenen Lebensstandard. Zudem sollte sie eine Verbindung zur Berichterstattung im Rahmen der UN-Kinderrechtskonvention herstellen, um die Rechenschaftspflicht zu stärken.

5 – Im Fokus: Kinderarmut in Deutschland

Überblick

In Deutschland gab es in den vergangenen fünf Jahren keine signifikanten Verbesserungen. **Die Anzahl der Kinder, die in Armut leben, stagnierte bzw. schwankte leicht**. Zu beobachten waren nur geringfügige Veränderungen der AROP- und AROPE-Quoten[15]. In diesem Zeitraum wurden keine größeren Reformen zur wesentlichen Verbesserung der Lebensbedingungen für Kinder in Armut umgesetzt.

Kennzahlen

- **AROPE (von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, 2024):** 22,1 %
- **Erhebliche materielle Entbehrung (2024):** 7,1 %
- **Kinder, die in Bürgergeld-Bedarfsgemeinschaften leben (2024):** 1,87 Millionen
- **Kosten der Kinderarmut:** 3,38 % des BIP (OECD, 2022)

Quellen: Statistisches Bundesamt/Bundesagentur für Arbeit

Wesentliche Treiber für Kinderarmut

- Steigende Lebensmittel- und Wohnkosten (Lebensmittelpreise stiegen zwischen 2022 und 2023 monatlich um 10 bis 20 Prozent)[16]
- Sinkende Kaufkraft (Reallöhne sinken und stagnieren von 2020 bis 2024)[17]
- Unzureichende Sozialleistungen[18]
- Bürokratischer Aufwand, um Unterstützung zu erhalten[19]

Am stärksten betroffene Kinder

- Kinder alleinerziehender Eltern: 43,2 Prozent AROP (2022)[20]
- Kinder in großen Familien (mit drei oder mehr Kindern): 32,1 Prozent AROP (2022)[21]
- Kinder mit Migrationshintergrund: > 50 Prozent der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Kinder leben in einem Haushalt mit mindestens einem nicht in der EU geborenen Elternteil[22]
- Kinder in Haushalten mit niedrigem Bildungsniveau: 38,5 % AROP (gegenüber 7,3 % in Haushalten mit hohem Bildungsniveau) (2023)[23]

Jüngste politische Entwicklungen

Entwicklungen im Rahmen der Kindergarantie

Zur Umsetzung der Kindergarantie hat die Regierung einen nationalen Begleitausschuss eingerichtet. Dieser setzt sich aus politischen und administrativen Akteuren aller föderalen Ebenen und verschiedener Themenbereiche zusammen: z. B. relevante Bundesministerien, Dachverbände der Kommunen und Akteure aus den Bundesländern, wissenschaftlichen Expert*innen sowie Vertreter*innen der Zivilgesellschaft (einschließlich Save the Children). Ein Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist ein Papier, das im März 2025 von den Ausschussmitgliedern einstimmig verabschiedet wurde. Darin wird zum einen festgehalten, wie Prävention von Kinderarmut auf lokaler Ebene gelingen kann. Zum anderen wird die Bekämpfung von Kinderarmut als „nationale Aufgabe" definiert, mit Handlungsoptionen auf allen föderalen Ebenen.[24]

Formelle Beteiligung von Kindern: Kinder und Jugendliche haben sich an Diskussionen über Armut und soziale Ausgrenzung beteiligt.

Einsatz für die Beseitigung von Umsetzungslücken: Die Zivilgesellschaft hat Mängel bei der Koordinierung, Finanzierung und Kommunikation aufgezeigt und fordert u. a. messbare Ziele, finanzielle Ressourcen und mehr politischen Willen[25]

Umsetzungsrückstand: Trotz des nationalen Aktionsplans gibt es keinen verbindlichen Rahmen oder eine nationale Strategie, die speziell auf Kinderarmut abzielt. Zudem sind die Unterschiede zwischen den Kommunen nach wie vor groß. Der Zugang zu sozialen Diensten und Angeboten (z. B. kostenlose Mahlzeiten) ist regional ungleich verteilt.

Quelle: Save the Children Deutschland, 2025; Fortschrittsbericht zur Kindergarantie Deutschland, 2024

Diese Maßnahmen hat Deutschland begonnen, um Kinderarmut zu beenden:

- **Die Reform der Kindergrundsicherung**[26] wurde als Zusammenlegung und Vereinfachung verschiedener Familienleistungen diskutiert. Dies hätte den Zugang zu staatlicher Unterstützung vereinfachen und die Situation für Familien mit geringem Einkommen verbessern sollen. Die Regierung der vergangenen Legislaturperiode (2021-2025) konnte sich jedoch nicht endgültig einigen, und die aktuelle Regierung (seit 2025) verfolgt die Reform nicht mehr weiter.
- **Erhöhungen des Mindestlohns** sollen dazu beitragen, die Erwerbsarmut von Familien zu verringern. Der gesetzliche Mindestlohn stieg 2022 deutlich von 9,82 Euro auf 12 Euro pro Stunde und wird 2026 über 13 Euro pro Stunde liegen – das schafft mehr Einkommenssicherheit für geringverdienende Eltern.[27]
- Das 2024 gestartete **Startchancen-Programm**[28] wird bis zu 4.000 Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern in prekären Situationen unterstützen. Eine Studie des Forschungsinstituts IW Köln (im Auftrag von UNICEF Deutschland) schätzt, dass das Programm langfristig durch höhere Bildungserfolge, gesteigerte Steuereinnahmen und geringere Sozialleistungen zu mehr Steuereinnahmen führen wird – in Höhe von **56 bis 113 Milliarden Euro**.[29]

So wirkte Save the Children mit (2024–2025)

Save the Children

- setzt sich für Reformen der Sozialleistungen und den Zugang zu hochwertigen Diensten und sozialen Angeboten für Kinder in prekären Lebenssituationen durch die EU-Kindergarantie ein.
- beteiligt sich an der AG Monitoring für den nationalen Aktionsplan zur Europäischen Kindergarantie.
- war Mitveranstalter eines Diskussionsforums, bei dem Kinder ihre Perspektive zu Armut und Ungleichheit gegenüber politischen Entscheidungsträger*innen formuliert haben (siehe Kasten „Im Fokus“ unten).
- stellte Kinderrechte im Vorfeld der Bundestagswahlen 2025 durch Veröffentlichung repräsentativer Umfrageergebnisse und Gespräche mit Bundestagskandidat*innen in den Fokus.[30]
- berät zum Thema Kinderschutz, unterstützt die Einhaltung von Kinderrechten in Unterkünften für Geflüchtete sowie den Zugang zu psychosozialen Unterstützungsprogrammen.
- stärkt in Bildungsprojekten die Lesekompetenzen, die digitalen Kompetenzen und die Selbstwirksamkeit von armutsbetroffenen Kindern. So entstehen mehr Bildungsgerechtigkeit und bessere Zukunftsperspektiven benachteiligter Kinder.

Save the Children fordert

- **Erhöhung von Grundsicherungsleistungen (insbesondere Bürgergeld, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen),** um den tatsächlichen Bedürfnissen und Kosten von Kindern, einschließlich Lebensmittel, Rechnung zu tragen und Teilhabe zu garantieren
- **Vereinfachung des Zugangs** zu Sozialleistungen für Familien, um die Nichtinanspruchnahme zu reduzieren mit dem Ziel einer Kindergrundsicherung
- **Gewährleistung der sozialen Teilhabe** aller Kinder an Bildung, Freizeit und Gesundheit
- **Vollständige Umsetzung der Kindergarantie** mit definierten und erreichbaren Zielen, angemessenen finanziellen Mitteln und einem Schwerpunkt auf die am stärksten ausgegrenzten Kindern

Im Fokus: Beteiligung von Kindern an der Politik

Im Jahr 2024 brachten Save the Children Deutschland, die Bertelsmann Stiftung und das Deutsche Jugendinstitut Kinder und Jugendliche mit Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und Politiker*innen zusammen. Die Veranstaltung bot jungen Menschen (von denen einige von Armut betroffen waren) die Chance, ihre Meinung zu Ausgrenzung, Chancenungleichheit und ihrer Lebensrealität zu äußern. Diese Beiträge flossen in die politische Arbeit von Save the Children ein.[31]

6 – Anmerkungen und Quellen

1 Eurostat: 24% of EU children at poverty risk or social exclusion [10.10.2025]
2 OECD: The Economic Costs of Childhood Socio-Economic Disadvantage in European OECD Countries, 2022
3 OECD: The economic costs of childhood socio-economic disadvantage, 2022
4 Gemäß AROPE-Indikator sind Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, wenn sie unter der Armutsgefährdungsschwelle, unter erheblichen materiellen Entbehrungen oder in Haushalten mit geringem Umfang an Erwerbstätigkeit leben. Die Armutsgefährdungsschwelle bezieht sich auf das Durchschnittseinkommen des jeweiligen Landes. Wer weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung hat, erreicht die sog. Armutsgefährdungsschwelle. Unterhalb dieser Schwelle sind Kinder von Armut bedroht. Da Armut neben dem Einkommen viele weitere Facetten hat, sprechen wir auch davon, dass Kinder von Armut betroffen sind. Dazu zählen z. B. beengte Wohnverhältnisse oder Benachteiligung im Bildungssystem.
5 Eurostat: Severe material and social deprivation rate by age and sex [10.10.2025]
6 OECD: The Economic Costs of Childhood Socio-Economic Disadvantage in European OECD Countries, 2022
7 Society of St Vincent de Paul: The Hidden Cost of Poverty Executive Summary_2020.pdf, 2020
8 Oslo Economics: Socio-economic analysis of marginalisation and exclusion; Save the Children; Statistics Norway (SSB), 2020
9 Nevala et al.: Reducing early school leaving in the EU, 2011
10 AmCham Romania: The Economic Impact of School Dropout in Romania, 2024
11 European Commission: Insights from a new report on school meal programmes in the EU, 2025
12 Eurostat: At-risk-of poverty rate for adults (aged 25 to 59 years) by level of financial situation of their households when respondent was around 14 years old [10.10.2025]
13 OECD: A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility, 2018
14 European Commission: The European Child Guarantee has a new framework to better monitor children's access to education, healthcare and housin – Employment, Social Affairs and Inclusion, 2024
15 siehe Anmerkung 4
16 Statistisches Bundesamt: Verbraucherpreisindex für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke [10.10.2025]
17 Der Paritätische: Gutachten Dr. Becker: Entwicklung der Kaufkraft in der Grundsicherung, 2024; Statistisches Bundesamt: Entwicklung der Reallöhne, der Nominallöhne und der Verbraucherpreise [10.10.2025]
18 Save the Children: „Investing in Childhood", 2024; Save the Children: Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Kindergrundsicherung, 2023
19 Save the Children: Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Kindergrundsicherung, 2023
20 Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Armutsgefährdungsquoten; MZ Kern [Sommer 2025]
21 Ebd.
22 Deutscher Bundestag Drucksache: Erster Fortschrittsbericht zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans „Neue Chancen für Kinder in Deutschland" (S. 227), 2025
23 Bundesmedian: A2 Armutsgefährdungsquoten Bundesländer nach soziodemografischen Merkmalen ab 2020 [10.10.2025]
24 Neue Chancen für Kinder in Deutschland: Prävention von Kinderarmut auf kommunaler Ebene – Eine nationale Aufgabe, 2025
25 Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e. V.: Zivilgesellschaftliche Stellungnahme zum Fortschrittsbericht 2024 zur Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder in Deutschland, 2024
26 siehe Quelle 19
27 Deutscher Gewerkschaftsbund: Mindestlohn 2025, 2025
28 Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt: Startchancen-Programm [10.10.2025].
29 UNICEF: Investitionen für Kinder, Investitionen in Deutschland, 2024
30 Save the Children: Kinder und Familien unterstützen – Maßnahmen gegen Kinderarmut priorisieren, 2025
31 Save the Children, Bertelsmann Stiftung, Deutsches Jugendinstitut: Jugend und Politik im Austausch, 2024